

17.12.2019

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8150

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung)

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

**hier: Kapitel 03 110 Polizei
Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.**

	2020	Ansatz lt. HH 2019
von	116.426.600 Euro	106.793.700 Euro
um	320.000 Euro	
auf	116.746.600 Euro	

Änderung der Erläuterung:

Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter von 2.500 um 60 auf 2.560.

Datum des Originals: 17.12.2019/Ausgegeben: 17.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

hier: **Kapitel 03 110** **Polizei**
 Titel 514 02 **Dienst und Schutzkleidung**

	2020	Ansatz lt. HH 2019
von	22.180.100 Euro	22.330.100 Euro
um	180 000 Euro	
auf	22.360.100 Euro	

Begründung:

Die NRW-Koalition bekämpft konsequent den Rechtsextremismus und stärkt dazu die Sicherheitsbehörden. Die jüngsten Geschehnisse und aktuellen Berichte der deutschen Sicherheitsbehörden bestätigen uns in der Haltung, dass wir die Sicherheitsarchitektur weiter optimieren und an akute und künftige Bedingungen anpassen müssen.

Das Bundeskriminalamt plant 440 zusätzliche Stellen zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität Rechts und Hasskriminalität. Hierdurch werden auch die Zahlen von Vorgängen in/für Nordrhein-Westfalen steigen. Daher soll der Staatsschutz der Polizei Nordrhein-Westfalen sukzessive über drei Jahre mit 120 Stellen gestärkt werden. Dazu werden zunächst Stellen aus dem Bestand (ausgebildete Polizeivollzugsbeamte) genommen. Die hierdurch entstehende Lücke wird durch die entsprechende Anzahl an Kommissaranwärterinnen und -anwärtern ebenfalls sukzessive über drei Jahre aufgebaut.

Mit dem zusätzlichen Personal wird zum einen im Landeskriminalamt ein eigenes Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) eingerichtet, zum anderen soll die Fahndungsgruppe Staatsschutz verstärkt werden. Dritter Bestandteil wird die Intensivierung der phänomenbezogenen Auswertung und Bekämpfung in sogenannten Brennpunktbehörden, der „Politisch motivierten Kriminalität Rechts“.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion